

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstellen, Postamtstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersucht jeder Abnehmer auf Verlangen bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ
für Amts- und
Gemeinde-Behörden



Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 2 Goldpfennig, für aufwärts Wohnende 3 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teile 4 Goldpfennig, im Reklameteile 5 Goldpfennig (einschl. Umrahmung). Schwere und unleserliche Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Akzise bis Dienstag und Freitag vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsballe.

Fernsprech-Anschluss Nr. 24.

Nr. 85.

Mittwoch, den 24. Oktober 1923.

26. Jahrg.

Chronik des Tages

Die bayerische Regierung hat den Reichswehrminister in München, General v. Dörfel, zum bayerischen Landesverwalter ernannt.
Die bayerische Reichswehrdivision ist von der bayerischen Regierung in Württemberg worden.
Ein Aufbruch der Reichsregierung beschuldigt Bayern des offenen Verfassungsverbruchs.
Der württembergische Staatspräsident hat dem Reichsminister die sofortige Einberufung des Reichsrates zur Erörterung des bayerischen Konflikts beantragt.
In Baden haben die Sonderländer die Rheinische Republik proklamiert.
Der Reichstagsabgeordnete Graf Kanitz soll zum Reichsregierungsminister ernannt werden.
Kantiller Berliner Dollartus vom 22. Oktober: 89 900 000 000 Geld, 40 100 000 000 Brief.

Die „Saarfranzosen“.

Die „Adresse“ der 150 000 Saarfranzosen, die sich während der Friedenskonferenz am Voincaré gewandt haben sollen, ist von der Botschaft in Frankreich an den Reichspräsidenten, bringt die Saarfranzosen immer mehr in peinliche Verlegenheit. Nun regiert die sogenannte Reichswehrkommission seit fünf Jahren im Saargebiet. Die französische Propaganda gibt sich alle erdenkliche Mühe, die Bevölkerung für Frankreich zu gewinnen. Umsonst. Die Saarländer schreiben die französischen Vergewaltigungsversuche immer wieder in die Welt hinaus; der Völkerverbund hat sich in jeder Sitzung mit Beschwerden der Bevölkerung zu befassen. Das Schreiben der Franzosen im Saargebiet kam herab zum Himmel, daß England den bekannten Vorstoß gegen die merkwürdige Regierungsweise der Völkerverbundkommission unternehmen mußte. Wie soll sich der erbitterte Widerstand, ja der Haß der Saarbevölkerung gegen Frankreich mit der „Adresse“ der 150 000 Saarfranzosen zusammereimen? Es kann kein Zweifel sein, daß die französische Regierung darüber von einer „besprechenden“ Macht peinlich befragt werden ist.

So ist es zu erklären, daß Tardieu, ausgerechnet Tardieu, im „Echo National“ Frankreich aus der heillosen Situation herauszuwinden sucht. Er tut das auf eine höchst merkwürdige Art. Er erzählt von einer angeblich in der Zeit des Waffenstillstandes ausgearbeiteten Adresse, die von drei, vier und fünfeben drei Saarbrüder Herren unterzeichnet sei. Sie hätten den Präsidenten des französischen Ministeriums an die historische Vergangenheit erinnert und gefordert, daß „ungefähr 150 000 der eingeborenen Saarbewohner von Ihnen abstimmen, die unter der französischen Fahne gekämpft hätten.“ Niemals ist diese Adresse vorgelegt worden, als ob sie von 150 000 Franzosen ausgearbeitet worden sei. Die Unterzeichner sagten einfach, daß ungefähr 150 000 Saarbewohner behaupten könnten, daß ihre Namen unter der französischen Regierung geboren worden seien.“

Diese merkwürdige Auslegung wäre beinahe genial zu nennen, wenn dem nicht ein Doppelpes entgegenstände. Erstens: Clemenceau erklärte am 28. März 1919 Wilson: „Im Saargebiet gibt es 150 000 Menschen, die Franzosen sind. Diese Menschen haben 1918 eine Adresse an Voincaré gefandt und sie haben diese Adresse auf Gewaltsamkeit.“ Die Interpretation Tardiens ist also ein glatter Betrugsversuch. Im „Echo National“ gefehlt aber Tardieu weiter ein: „Nehmen wir an, daß die Unterzeichner (drei Herren), nachdem der Brief abgesetzt war, sich dafür entschieden, ihn nicht abzuschicken.“ Wie ist das mit der Behauptung Clemenceaus zu vereinbaren?

Wenn nun noch die drei Herren in der nicht abgeschickten Denkschrift behauptet hätten, die Namen von 150 000 Saarländern hätten sich einmal während der kurzen Zeit einer französischen Regierung im Saarlande glänzend geföhnt. Über davon fand in dem nächsten Schreiben der Herren nicht ein Wort! Dieses Schreiben hat mit der Clemenceauschen Saarländeradresse nichts zu tun. Es ist eine Petition des Völkerverbundes, in der er sich um die Berufung seiner Person in die Regierungskommission des Saargebietes bemüht. Von 150 000 Saarfranzosen oder Saarländern

ist überhaupt keine Rede in diesem Entwurf zu einem Schreiben.

Der Württembergische Reichspräsident des Herrn Tardieu rückt der Vertrag Clemenceaus in ein noch stärkeres Licht. Es steht fest, daß Wilson und Lloyd George erst auf Grund der angeblichen 150 000 Saarfranzosen sich für die zeitweilige Auslösung des Saargebietes vom Reich entschlossen. Wir haben allen Grund, diesen Weltbetrug der Franzosen festzuhalten und eine Revision der damaligen Beschlüsse zu verlangen.

Aufruf der Reichsregierung.

Um Kampf für die deutsche Freiheit.
Nachdem die bayerische Staatsregierung von sich aus Bayern seiner militärischen Reichsverpflichtungen entzogen hat, hat die Reichsregierung eine Kundgebung erlassen, in der sie die bayerische Regierung des offenen Verfassungsverbruchs beschuldigt und die Haltung der Reichsregierung verurteilt. In diesem Aufruf heißt es unter anderem:

„An dem Tage, an dem die deutschen Vertreter in Versailles den sämtlichen Mächten eine Erklärung über die außenpolitische Lage abgaben, um die Zustimmung der Welt auf die durch Frankreichs Verhalten geschaffene unerträgliche Not im Rheinlande und im Ruhrgebiet zu lenken und in der die Zustimmung aller Mächte heute als notwendig ist, um gegenüber dem äußeren Gegner sich zu behaupten, hat es die bayerische Staatsregierung für richtig erachtet, einen offenen Verfassungsverbruch und innere Kämpfe im Reich herbeizuführen.“

Der Ausgangspunkt dieser Kampfe war die Entscheidung darüber, ob die militärische Disziplin, auf der jede Armee aufgebaut sein muß, auch in heutigen Deutschland Geltung haben soll oder nicht. Der Chef der Generalleitung konnte nicht dulden, daß klare Befehle, die von ihm gegeben waren, von einem Untergebenen aus politischen Gründen mißachtet wurden. Eine Armee, in der die Ausführung eines Befehls abhängig gemacht wird von politischen Erwägungen, ist kein Instrument zur Aufrechterhaltung der Macht eines Staates nach außen und innen.“

Mit dem von dem Generalstaatskommissar v. Rahe in die Öffentlichkeit geworfenen Gedanken des Kampfes gegen den Marxismus hat die in Rede stehende Frage gar nichts zu tun. Der Chef der Heeresleitung, der Reichswehrminister, haben bei ihrem Kampfe für die Autorität in der Reichswehr lediglich für diese Idee, nicht für irgend welche parteipolitische Einstellungen gekämpft. Dasselbe gilt von der Reichsregierung, die sich zum Vorkriegsstand hat, durch weitgehende Ausnutzung von Verhandlungsmöglichkeiten jeden Versuch zu vermeiden, von Entlassungen und Entzügen weilt die Reichsregierung den Versuch des bayerischen Generalstaatskommissars zurück, die Entscheidung der bayerischen Staatsregierung als den Kampf einer nationalen und geistlichen Weltanschauung gegen eine marxistisch-internationale Einstellung hinzustellen.

Es ist unerheblich, wenn in der Zeit, in der die Reichsregierung die Rechte des ganzen Volkes brach, zur Erhaltung des Reichstums gegen den französischen Verfassungsverbruch, der Generalstaatskommissar glaubt, die Verdrängung der Wehrkraft in das deutsche Volk dadurch hineinzuweisen zu können, daß er davon spricht, es handle sich letzten Endes um die Frage: ob deutsch oder nichtdeutsch.

Es gibt innerhalb der Reichsregierung und innerhalb der Mächten von Volksgenossen, die hinter ihr stehen, niemanden, der den Kampf, um den es sich handelt, anders als unter deutschem Gesichtspunkt ansieht.
Zum Schluß richtet die Reichsregierung folgenden Appell an das deutsche Volk: „Im Kampf um die Erhaltung der Reichseinheit fordern wir alle Deutschen auf, den Gegnern der Wehrkraft entgegenzutreten. Sie sollen nicht nur die Wehrkraft, sondern vielmehr eine mit der Reichsverfassung in vollem Einklang stehende Maßnahme der Erneuerung des Reiches durch die Reichsregierung ist schon deshalb unmöglich, weil die bayerische

Eine Gegenkundgebung Rahe's.
Der bayerische Generalstaatskommissar v. Rahe hat den Aufruf der Reichsregierung mit folgender Gegenkundgebung beantwortet:

„Die Anordnung des bayerischen Gesamtministeriums vom 20. Oktober 1923, durch welche die Dienstenthebung des Generals v. Dörfel auf Verlangen außer Wirksamkeit gesetzt wird, stützt sich auf Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung. Sie stellt daher keinen Verstoß der Reichsverfassung, sondern vielmehr eine mit der Reichsverfassung in vollem Einklang stehende Maßnahme dar. Die Erneuerung des Reiches durch die Reichsregierung ist schon deshalb unmöglich, weil die bayerische

Regierung unter keinen Umständen die erforderliche Zustimmung geben würde.“

Der Absatz 4 des Artikels 48 der Reichsverfassung, auf den sich v. Rahe beruft, lautet:

„Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einseitige Maßnahmen der in Absatz 2 bezeichneten Art (Aussetzung von Grundrechten und Einschränkungen mit Hilfe der beschlossenen Maßnahme) treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstages außer Kraft zu setzen. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.“

Dieses Reichsgesetz ist bisher nicht erlassen, das Verlangen des Reichspräsidenten oder Reichstages nicht ergangen.

Der Reichstag soll vermitteln.

Der württembergische Staatspräsident Dr. von Sieber hat anlässlich des Konflikts zwischen dem Reich und Bayern namens des württembergischen Staatsministeriums beim Reichspräsidenten die sofortige Einberufung des Reichsrates beantragt. Die Sitzung des Reichsrates wird voraussichtlich am Mittwoch oder Donnerstag stattfinden. In dieser Sitzung sollen die verschiedenen in letzter Zeit zu Tage getretenen gegensätzlichen Auffassungen zwischen dem Reich und Bayern zum Gegenstand der Erörterung gemacht werden, um einen den Interessen des Reiches, Bayerns und der übrigen Länder gerecht werdenden Ausgleich zu ermöglichen. Die bayerische Regierung soll gegen die Anrufung des Reichsrates keine grundsätzlichen Bedenken haben und zugleich ihre Bereitschaft kundgeben haben, sich der Entscheidung des Reichsrates zu unterwerfen. Das Reichsministerium will von jeder Beschlußfassung über die bayerische Frage Abstand nehmen, weil es auch seinerseits die Entscheidung des Reichsrates abwarten will.

Der Ernteeinsatz in Sachsen.

Aufruf an die Bevölkerung.

Der Militärbefehlshaber in Sachsen, General Müller, hat an die sächsische Bevölkerung eine Bekanntmachung erlassen, in der er von den schätzbaren wirtschaftlichen und Ernährungsergebnissen in Sachsen ausgeht, die er darauf zurückführt, daß unter Drohungen und Gewalttätigkeiten Eingriffe in die Güterzeugung und Verwirrung der Lebensmittel erfolgen. Diese Gewalttätigkeiten richten sich sowohl gegen Arbeitgeber als gegen Arbeitnehmer. Infolge dieser Zustände hätten die Wirtschaftskräfte außerhalb Sachsens vielfach das Vertrauen zu dem freistat Sachsen verloren, so daß die Anknüpfung und Wiederholung von Geschäftsbeziehungen abgelehnt und die Lebensmittellieferungen aus Furcht, sie könnten durch einseitige Eingriffe in die Verteilung dem ordnungsmäßigen Geschäftsbetrieb entzogen werden, verweigert werden. Diese Zustände habe ein kommunistischer Minister nicht nur gutgeheißen, sondern sich öffentlich zu ihnen bekannt und zu ihrer Durchführung aufgefordert. Solches Verhalten sei Hochverrat gegenüber dem Reiche. Es erweide im Lande und bei den Anführern den irigen Glauben, als würde die sächsische Regierung hinter den Anführern. Die Reichsregierung habe sich daher entschlossen, durch Einsatz von Truppen Ordnung zu schaffen.

„Ich bin.“ — fährt der Aufruf fort — „mit der Durchführung der angeordneten Maßnahmen beauftragt. Wer sich der Durchführung der für nötig erachteten Maßnahmen mit Waffengewalt entgegenstellt, wird plündert und so die Grundlage unserer Erzeugung untergräbt, läuft Gefahr, erschossen zu werden.“

Der Militärbefehlshaber hofft auf die Mitwirkung aller vernünftigen, verfassungstreuen und besonnenen Kreise. Alle Kontrollinstanzen sind beauftragt worden.

Warnung vor Fälschungen.

Zu einem zweiten Aufruf heißt es:
„Die Bevölkerung selbst ist unter dem Mangel der notwendigen Lebensmittel. Die Not wird nicht beseitigt, sondern gesteigert durch Fälschungen von Lebensmitteln, von Brotmengen usw. Ich habe Maßnahmen ergriffen, die Einfuhr von wichtigen Lebensmitteln in den freistat Sachsen zu erleichtern. Das wird unterbunden, wenn solche Einfuhr einleitet, Lebensmittelfälschungen.“

ausgeschöpft nicht unterbleiben. Kein Vater will sich Weib, kein Weib sich Mann hinterlassen, wenn er damit rechnen muß, daß es ihm genommen wird. Ich warne daher vor weiteren Ausstellungen. Sie werden auf die Täter mit voller Schwere zurückfallen. Mögen Sie bedenken, daß sie mit ihrem Leben spielen, falls ich gewonnen bin, die Truppen einzusetzen."

Konflikt mit Bayern.

General von Löffow zum bayerischen Landeskommandanten ernannt. — Die Reichswehrtruppen von Bayern in Pflicht genommen.

Die Meinungsverschiedenheiten über die Verabschiedung des bayerischen Wehrereisungsabkommens, Generalleutnants v. Löffow, haben zu einem offenen Konflikt zwischen dem Reich und Bayern geführt. Ende vergangener Woche hatte es noch den Anschein, als ob der Fall Löffow eine Regelung finden würde, die für beide Teile tragbar war. Nachdem die persönlichen Schritte des Reichswehrministers Geffler gescheitert waren, hatte sich Reichsarbeitsminister Dr. Brauns nach München gegeben, um in direkten Verhandlungen mit dem bayerischen Kabinettsrat eine Verständigung zu suchen. Mitten während der eingehenden Besprechungen traf aus Berlin die amtliche Nachricht ein, daß der Reichspräsident Generalleutnant v. Löffow vom Dienst entbunden und den nächstfolgenden bayerischen Offizier, Generalmajor Freyher von Krefenfeldt, mit der vorläufigen Führung der 7. bayerischen Division des Reichsheeres beauftragt hatte. Gleichzeitig wurde bekannt, daß der Reichspräsident die bayerische Regierung aufforderte, ihm Vorschläge für die Besetzung der Stelle des bayerischen Landeskommandanten gemäß dem Wehrereisungsabkommen vorzuschlagen. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß General von Löffow sich ausdrücklich geweigert hätte, einen ihm gegebenen Befehl auszuführen, und es abgesehen habe, aus dieser Haltung selbst die Konsequenzen zu ziehen. Nachdem damit die Abberufung des General von Löffow zur Tatsache geworden war, hat die bayerische Staatsregierung in Verbindung mit dem Generalstaatskommissar Dr. v. Mohr beschloffen, im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern und zur Wahrung der bayerischen Befehls bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reich den bayerischen Teil der Reichswehr als Freibrigade des Reichsheeres in den Reichsdienst zu nehmen, Generalleutnant v. Löffow als bayerischen Landeskommandanten einzusetzen und mit der Weiterführung der bayerischen Division zu beauftragen.

Die bayerische Regierung gab diesen Beschluß in einem Aufruf an das bayerische Volk bekannt. In diesem Aufruf wird das Vorgehen Bayerns damit begründet, daß der Reichswehrminister dem General v. Löffow in einer Angelegenheit, die zentralisiert zur Zuständigkeit des bayerischen Generalstaatskommissars gehörte (genauer ist damit das Verbot des Reichsheerbesatzes), einen Befehl erteilt und hierdurch in die Polizeigewalt Bayerns eingegriffen habe. In dem Aufruf wird weiter der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das bayerische Volk diesem auch im wohlverstandenen Reichsinteresse gelegenen Schritt, der zur Wahrung der Würde und des Ansehens Bayerns bei der gegebenen Sachlage unvermeidlich gewesen sei, volles Verständnis entgegenbringt. Generalstaatskommissar Dr. v. Mohr schließt sich in einer besonderen Rundgebung dem an. Bei der Bekanntgabe der beiden Aufrufe an die Presse legte Dr. v. Mohr die Motive dar, die die bayerische Regierung zu ihrem bedeutungsvollen Schritte veranlaßt. Er betonte dabei, daß sie jeden Separatismus und Partikularismus weit von sich weise. Sie halte ihre Stellungnahme für eine nationale Pflicht gegen den Internationalismus und Marxismus; nicht gegen das Reich, sondern nur gegen das Vorgehen der Reichs-

regierung richtet sich dieser Schritt. Jetzt müsse zwischen deutsch und nichtdeutsch gewählt werden. Die bayerische Regierung kämpfe für den großen deutschen Gedanken.

Seedeck an die bayerischen Reichswehrtruppen.

Nach Eintreffen der Nachricht über die Einsetzung des General von Löffow als bayerischen Landeskommandanten durch die bayerische Regierung hat der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie v. Seede, einen Aufruf an das Reichsheer erlassen, in dem es u. a. heißt:

„Der Schritt der bayerischen Regierung ist ein gegen die Verfassung gerichteter Eingriff in die militärische Kommando-gewalt. Der dieser Anordnung der bayerischen Regierung entspricht, bricht seinen dem Reich geleisteten Eid und macht sich des militärischen Ungehorsams schuldig.“

„Ich fordere die 7. (bayerische) Division des Reichsheeres hierdurch förmlich auf, ihrem dem Reich geleisteten Eid treu zu bleiben und sich den Befehlen ihres höchsten militärischen Vorgesetzten beidungswillig zu fügen.“

Die bayerische Regierung hat die Veröffentlichung dieses Heeresbefehls für das gesamte Gebiet des Freistaates Bayern verboten.

Die Aufstellung der bayerischen Division.

Die Verpflegung der bayerischen Reichswehrtruppen in sämtlichen bayerischen Standorten ist Montag morgen in der Weise vor sich gegangen, daß den Reichswehrtruppen der Vorlauf des Aufrufs der bayerischen Staatsregierung bekanntgegeben wurde. Die Verpflegungsformel lautete folgendermaßen: „Auf Grund des mir vorgelesenen Aufrufs der bayerischen Staatsregierung befinde ich, daß ich von der bayerischen Staatsregierung als der Freiwilligen des deutschen Volkes bis zur Wiederherstellung des Einverständnisses zwischen Bayern und dem Reich in Pflicht genommen bin, und erneuere meine Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber meinen Vorgesetzten.“

Putschversuch im Rheinland.

Ausrufung der „Rheinischen Republik“ in Aachen.

Die rheinischen Sonderbündler glauben jetzt, wo sich das Reich in schwerer innen- und außenpolitischer Bedrängnis befindet, die Stunde zur Ausübung ihrer hochverräterischen Pläne für gekommen. Unter dem Schutze der belgisch-französischen Besatzungstruppen suchten sie in der Sonntag nacht in verschiedenen Städten die öffentliche Gewalt an sich zu reißen und die „Rheinische Republik“ auszurufen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen scheint der Putsch nur in Aachen gelungen zu sein.

In Aachen haben Sonntag nacht etwa 2000 bewaffnete Sonderbündler überaus die öffentlichen Gebäude, vor allem Rathaus, Post und Regierungsgebäude, besetzt und die Rheinische Republik ausgerufen. Die Polizei mußte der Übermacht weichen. An der Spitze der Bewegung befindet sich der in Separatistenkreisen bekannte Aachener Kaufmann Zeders.

Spätere Meldungen besagen, daß die vorläufige Regierung der Separatisten in Aachen und in den benachbarten Industriestädten Flugblätter verteilen läßt, in denen es heißt, die „Stunde der Freiheit“ habe geschlagen. Berlin habe Bankrott gemacht. Das Rheinland müsse sich selber retten. Der Bevölkerung werden Lebensmittellieferungen, Arbeit, Friede und Freundschaft mit den Nachbarländern in Aussicht gestellt.

Putschversuche auch in Bonn und Mainz.

Die Separatistenhorden haben sich am Montag auf Bonn und Mainz ausgedehnt. In Bonn entwaffneten die Franzosen die deutsche Schutzpolizei auf die Nachricht, daß Separatistenbanden im Anzuge seien. Als die Nachricht hier von Berlin eintraf, wurden hier sofort Vorstellungen beim französischen Vizekonsul erhoben und, wie verlautet, soll bereits aus Paris der Befehl vorliegen, daß die Schutzpolizei in Bonn ihre Waffen zurückverfahre.

In Mainz haben sich Montag morgen um 4 Uhr ähnliche Vorgänge wie in Aachen abgespielt. Separatistenbanden besetzten das Polizeigebäude. Ihr Führer ist der als Separatist bekannte Amtsgerichtsrat Stebing. Bisher haben die Separatisten in Mainz nur das Polizeigebäude, aber nicht die anderen Amtsgebäude besetzt. Im übrigen Hessen herrscht, wie aus Worms und Bingen gemeldet wird, Ruhe.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 23. Oktober 1923.

— Nach einer Habamsetzung aus Düsseldorf haben sich bisher 29 000 Eisenbahner zur Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet.

— Die Berliner Sozialdemokratie hat einen Antrag angenommen, die die Reichswehrtruppen gegen Sachsen scharf vorzureißen und die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes für das ganze Reich herbeizuführen. Mitgliedensalut sollen die sozialistischen Minister aus der Regierung zurückgejagt werden.

— Waden hat beschlossen, eine badiische Goldschmiedewerkung herauszugeben.

— Anlässlich der Ablehnung der Wöhne im Bergbau sind zahlreiche Schichten im Mittelbayerischen Braunkohlenrevier bereits in den Streik getreten.

— Die „Rote Fahne“ ist vom Reichswehrministerium erneut verboten worden, weil sie abernals zur Verhöhnung der Arbeitererschaft aufgefordert und den politischen Generalstreik proklamiert hat.

— Der Rentenantrag. Unter dem Vorstich des Reichsfinanzministers Dr. Lütjers ist am letzten Sonntag die Gründung der Rentenantrag erfolgt. Die Ausgabe der Rentenantrag soll außerordentlich beschleunigt werden. Der Druck hat bereits begonnen. Es ist damit zu rechnen, daß am 5. November mit der Ausgabe der Rentenmark eine begonnen werden kann. Es werden 100 Millionen Mark in Form von 1, 2, 5, 10, 20, 50, 100 und 1000 Rentenmark auszugeben. Außerdem Rentenmarkfennige in Form von Münzen, und zwar zu 50, 10, 5 und 1 Rentenmark. Die Münzen bestehen aus Messing und sind als Minimumnotat.

— Graf Kanitz Ernährungsminister. Der Reichskanzler hat für den Posten des Reichsernährungsministers, der seit der letzten Regierungsrücktritt unbesetzt geblieben ist, den ostpreussischen Rittergutsbesitzer Graf Gerhard v. Kanitz, den Sohn des bekannten ehemaligen Reichsfinanzministers Grafen Kanitz, aussersehen. Graf Kanitz gehörte bisher der deutschnationalen Reichstagsfraktion an. Aus dieser ist er jetzt ausgeschieden.

Rundschau im Auslande.

Österreich: Die Wahlen zum Nationalrat.

Am Sonntag haben in Deutsch-Österreich die Wahlen zum Nationalrat stattgefunden. Im allgemeinen scheinen die Großdeutschen überall Mandate verloren zu haben. Bisher liegen die Wahlergebnisse aus 22 von 25 Wahlkreisen vor. In diesen sind nach den bisherigen Resultaten gewählt: 73 Christlich-Soziale, 54 Sozialdemokraten, 8 Großdeutschen. Die Vertretung der Hauptstadt im Parlament wird sich zusammensetzen aus 27 Sozialisten, 17 Christlich-Sozialen und 1 Großdeutschen. Die liberale demokratische Partei hat ihr einziges Mandat, das bisher der frühere Minister des Inneren, Graf Ottocar Czernin inne hatte, verloren.

** Eisenbahnunfall aus der Pfalz. Aus

Scheffersdorf in der Pfalz sind neuerdings wieder 25 verheiratete Eisenbahner mit Frauen und Kindern ausgewiesen worden. Sie wurden französischerseits beurlaubt, nach Aufgabe des passiven Widerstandes wurde die sich zur Arbeitsaufnahme bei der Regie melden wollten, an dieser Meldung verhindert zu haben.

* Der Großberliner Einzelhandel hat beschlossen, sein

Zahlung in verbleibenden Zahlungsmitteln einen Rest von fünf Prozent zu gewähren.

Das Roseneschloßchen.

Roman von Karl Schilling.

26] [Nachdruck verboten.]

Nun war ja erreicht, was sein Herz so oft ersehnt nun ging ja sein Lebenswunsch in Erfüllung, herrlicher und schöner, als er es nach den trüben Wunden der letzten Vergangenheit, nach der bösen Geschichte mit Protowolfa zu hoffen wagte. D. seine Eva Marie war ein gutes, braves und folgsames Kind. Daß sie in ihrer jugendlichen Unerfahrenheit für den fremden Waldwart geschwärmelt, durfte man ihr doch nicht als Fehler anrechnen! Nein, nein, der Dalwanger mußte sich wirklich glücklich fühlen, dieses Kleinod erworben zu haben.

Dann schlugen die breiten Hülfen zurück. Mit zierlich gereimten Worten bat der Ferkordner zur Tafel. Unter fröhlichem Lachen ordneten sich die Paare und schritten hinein in den altbekannten Saal.

In dessen Mitte erhob sich eine lange, schlanke, schmale Tafel. Vornehm nahm sich das schneeweiße Gebet aus, schloß und reich der schwere Silberhalm, als dessen wertvollstes Stück der mächtige Aufsatz mit dem Wappenzeichen des Geschlechtes der Wetterkneiter prunkte.

Künstliche Blumensträuße, auf silberne Ständer gestellt, wiesen den Gästen die für sie bestimmten Plätze an. Wie Berauschend auch die tollbaren Dräbden dufteten, wie lodend auch aus den mit Lorbeerzweigen verdeckten Nischen die Geigen sangen; in das Herz der Baronesse wollte kein Friede kommen. Wohl hörte sie die süßlichen Worte ihres Bräutigams, wohl spürte sie den verflochtenen Druck seiner Hand, aber nichts als Weß empfand sie.

„Geben können! Das war ihr einziger, ihr Verlobungswunsch!“

Wahnte der Freiherr von Dalwanger, was für Gedanken hinter der stolzen, ersten Stirn des schönen Mädchens arbeiteten, fühlte er, daß ihr Sehnsucht weit ab vom Feste irte und den suchte, den er so tödlich hohnte?

Es mußte wohl sein; denn allmählich verflummte auch er, seine Miene verduhlte sich, und in seiner Seele lag wieder die häßliche Freude auf, ihr, der Baronesse, bereit an Demüthigungen heimzulaufen zu können, was er eigentlich ihrem Geliebten, dem Protowolfa zugebacht hatte. Doch war Eva Marie aber nicht völlig feig, noch mußte er sich mähen, noch mußte er, wie in den letzten Wochen, den Hülfen, den Verliebten, den Zärtlichen spielen, nach seine wahre Geminnung verbergen, aber wie sie erst seine Gattin, besch er erst Herrzerichte über sie, dann wehe ihr!

Seine rohen Gedanken wurden gelöst. Soeben klopfte sein Knüttiger Schwiigerater, der ihm gegenüberüber, stark und nachdrücklich an sein Weinglas. Das Gemummel erlosch, leises Flüstern noch, nun erwartende Stille.

„Alles schaute auf den Sprecher. Der hatte das Glas erhoben, sein Gesicht erglühte und fast schreiend erklangen seine Worte:

„Sehr geehrte Gäste!

Das Roseneschloßchen fest heute ein hohes Fest. Mein Lieblingswunsch hat sich erfüllt. Ein ehrenwetter Mann aus allem Adelsgeschlecht mirbt um die Hand meines einzigen Kindes, meiner Tochter Eva Marie!“

Er klopfte. Das Gedächtnis schloß ihn verlassend zu wollen, doch nein, schon sprach er weiter, aber mit einer seltsam klingenden Stimme:

„Ich gebe ihm das Weibste, was ich habe, den Sonnenchein meines Lebens. Ich folge meinem glücklichen Begehren, wenn ich mein Glas erhebe und rufe: das Brautpaar — — —“

Doch was war das? Der Baron schwankte. Das volle Glas entfiel seiner Hand und wie ein Blutstrom ergoß sich der dunkle Rotwein über das blendende weiße Tischsch.

Entsetzt blühten die Gäste auf. Da — das Gesicht des Barons verzog sich, seine Augen begannen zu rollen, mit befruchteter Faust griff er an seine Brust, riß sich Rod und Weite auf, stürzte — und stürzte zu Boden, im Fallen seinen Stuhl mit Gepolster nach sich reisend.

Erstarrten sprangen die Gäste auf. Mit jähem Angstschrei eilte Eva Marie an die Seite ihres Vaters. Aber ein junger Doktor der Medizin, der Sohn eines Gutsnachbarn, schob sie links zurück und warf sich neben dem Unglücklichen nieder.

Totenstille folgte. — Der Arzt schaute nach dem Bulle des Gestürzten. — Bange Augenblicke verstrichen.

Endlich erhob er sich, langsam, feierlich. Sein Angesicht schloß zu Stein erhartet, als er mit dumpfer Stimme verkündete:

„Meine Herrschaften! Wir stehen vor einem erschütternden Rästel. Den Schloßherrn, unseren gnädigen Herrn Baron von Wetterkneiter, hat jochen der Schlag gerührt. Friede seiner Seele!“

Fortsetzung folgt.

Aus Stadt und Land.

Allenhalben Feuergefahr. Die Erhöhung des Brotpreises hat abermals an verschiedenen Stellen des Reichs Unruhe zur Folge gehabt. So räteten sich in Hamburg Erwerbslose vor dem Arbeitsnachweis zusammen. Als die vorgebrachte Forderung einer besonderen Wirtschaftseinstellung abgelehnt wurde, zogen sie nach dem Rathaus, wo ihnen Sicherheitspolizei entgegentrat und sie mit der Waffe zersprengte. Gefährlich waren dabei keine Todesopfer zu verzeichnen. — In Magdeburg kam es vor den Räderläden zu Zusammenrottungen. Später zog die Menge aus dem Wochenmarkt, wo dort die Fleischstände um und plünderte die Vorräte. Die Sicherheitspolizei stellte die Ordnung wieder her und nahm einige Verhaftungen vor. — Auch in Essen kam es auf dem Markt zu Zusammenstößen zwischen der Menge und der Polizei. Die Marktverkäufer hinstanden. Die Polizei mußte von der Schimpfliche Wehrung machen. Eine Frau und ein Mann erlitten Schußverletzungen; mehrere andere Personen wurden durch Säbelhiebe verwundet. — In Berlin wurden verschiedentlich Räderläden und Lebensmittelgeschäfte geplündert.

Ein frecher Raubüberfall wurde am letzten Sonnabend auf das Direktions- und Verwaltungsgelände der Deutschamerikanischen Petroleumgesellschaft in Berlin-Bismarckstr. verübt. Nach dem Betriebsstillstand der letzten Arbeiter und Angestellten die Räume verlassen hatten und nur noch die Küstner mit den Abrechnungsbüchern in den Direktionsräumen anwesend waren, erschienen plötzlich 8-10 junge Männer mit schwarzen Mäskern vor den Augen, ein jeder mit zwei Revolvern, und versuchten, durch den Zwang in das Verwaltungshaus einzudringen. Während ein Teil der Angestellten sich mit den Wägern herumschickte, eilten die übrigen Männer in die Kassenräume. In dem Vorzimmer lieferte ein Küstner noch gerade etwa 900 Millionen ab, die er sofort einsteckte. Als dieser die Banditen mit den Waffen auf sich eindringen sah, hatte er noch die Geistesgegenwart, die Tür zu dem Kassenzimmer zu schließen und den Schlüssel durch das Fenster auf den Hof hinunterzuwerfen. In dem jetzt geschlossenen Kassenzimmer befand sich der Kassierer mit vielen Millionen Bohnendern. Durch die Fensteröffnung des Küstners gelang es, dieses Geld zu retten. Die Mörder sperren jetzt den Küstner und den Verwaltungsbeamten in ein Nebenzimmer ein und versuchten nun, in den verschlossenen Kassenraum hineinzugelangen. Währenddessen hatte der schwerverletzte Küstner durch glückliche Befunden zur Unterstützung herbeigeholfen. Als die Eindringlinge bemerkten, daß sie verurteilt waren, ließen sie von ihren Plänen ab und suchten unter Mitnahme von 900 Millionen das Weite. Die Bande ist unerkannt entkommen.

Zuch den Hunger in den Tod getrieben. Aus dem Grubenortsteil bei Berlin wurde die Leiche des seit zwei Tagen vermissten Polizeizustizes Siegmund Wolschlag gefunden und dem Scharfrichter in Charlottenburg übergeben. Nach den Aussagen des Angehörigen haben ihn Hungerstürze in den Tod getrieben.

Aufklärung von Kartellschadern. Im April zog eine etwa hundert starke Schwarze Erwerbslose mit Handtaren, Säcken und Körben ausgerüstet, in die Mehrheimer Gegen im Reichsministerium und plünderte die Kartellschadern. Obwohl sofort Schutzpolizei zu Hilfe gerufen wurde, wurde erheblicher Schaden angerichtet.

Einberufungsdation in Aamin. In der alten germanischen Stadt Aamin und der Umgebung liegt sich in den letzten Jahren ein gewaltiges Verfallsbedeutung geblieben. Unter den die Einwohnerzahl des kaum 3000 Einwohner zählenden Städtchens so zu leiden hatte, daß sich des Nachts kaum jemand auf die Straße getraute. Keine Kirche blieb von den Einbrechern verschont. Aus dem uralten Dom wurde eine silberne Christusfigur entwendet, die katholische Kirche und die Synagoge wurden wiederholt geplündert und eines Nachts waren die Verbrechen in das Kreisstrafgefängnis eingeschoben. Auf den Landstraßen und Pfützen Fußwege und Fußgänger an und rauten sie völlig aus. Dazu kamen unzählige Einbrüche in Wohnungen und Geschäfte, vor allem auch in der ländlichen Umgebung. Fast immer führten die Einbrecher Waffen bei sich. Den Höhepunkt des Treibens bildete die Ermordung des tüchtigsten Oberlandjägers des Kreises im Februar 1922. Im den unheilbaren Zuständen ein Ende zu machen, entsandte das Ministerium am Freitag des Landratsamtes einen Berliner Kriminalkommissar mit einem Berliner und einem Sattiner Beamten. Energisch wurde nunmehr vorgegangen und etwa 50 Personen zur Haft gebracht. Die Maßnahmen hatten den Erfolg, daß von Einbrechern der Beamten an keine Verbrechen mehr vorgekommen sind. Der Kreisausstoß hat dem Minister des Innern, insbesondere aber auch den Polizeibeamten den wertvollsten Dank der Bevölkerung ausgesprochen.

Dom S yn erschlagen. Am Sonnabend kam der 45 jährige Reichsminister Friedrich Kuybisch in Potsdam betrunken nach Hause und geriet mit seiner Ehefrau in Streit. Man hörte, daß der Streit in Säufleiten ausartete. Frau Kuybisch lief zu ihrem Sohn, der im Keller beschäftigt war, und fliegte ihm ihr Leid. Der Sohn ließ nach oben und kurze Zeit später fand man den alten Kuybisch mit getrimmtem Schädel auf. Der Sohn ist festlich verhaftet worden.

Eine Übung Krupp. In Wänden hat am Sonntag die Vorstanderversammlung des Deutschen Museums stattgefunden, an der auch Kronprinz Rupprecht und Generalratskommissar Dr. v. Kögler teilnahmen. Unter lebhaftem Beifall wurde beschlossene, dem früheren Vorsitzenden des Vorstandes, Herrn Krupp von Bohlen-Halbach, in Anerkennung seiner großen Verdienste um das Museum zum Ehrenmitglied zu ernennen. Geheimrat Dinsberg wird das Diplom Herrn von Krupp im Gefängnis zu Düsseldorf überbringen.

Bekanntmachung.

Der Einwohner hat sich hierdurch zur Kenntnis gebracht, daß die Bäckereimittel beschaffen hat, den Brotpreis auf

24 Stunden einheitlich

festzusetzen, und zwar von nachmittags 4 Uhr bis zum nächsten Tage nachmittags 4 Uhr. Annaburg, den 23. Oktober 1923.

Der Gemeindevorstand.
henze.

Im Anschluß an vorstehende Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß unsere Geschäfte von morgens 8-1 Uhr mittags und nachmittags von 4-6 Uhr geöffnet sind.

Die Bäcker-Zinnung.

Lokales und Provinziales.

Der Höchstbetrag der Fokanweisungen, Postaufträge und Nachnahmen aus dem Ausland sowie der Weisbetrug der Nachnahmen auf Postpaketen und Postfrachtscheinen aus Deutschland nach dem Ausland ist, bis auf einige Ausnahmen, auf 300 Milliarden Mark erhöht worden.

Der 100-Milliarden-Zehner ist in Vorbereitung begriffen und wird in den nächsten Tagen herauskommen. Die tägliche Produktion an Noten ist auf 65 000 Millionen gesteigert worden. Es ist zu hoffen, daß über die Einführung der Rentenmark hinaus eine gewisse Reserve an Noten produziert wird, damit wir in der Unfähigkeit der ersten Tage nicht einer Zahlungsunfähigkeit ausgeliefert werden, wie wir sie bisher noch nicht erlebt haben.

Arbeiter und Eisenbahnerpreise! Die Fahrpreise auf der Eisenbahn sind in der letzten Zeit in einer Weise gestiegen worden, daß man mit Recht in allen Kreisen der Bevölkerung auf äußerste Entsetzt ist, besonders in den Kreisen der Arbeiter und Eisenbahnbeamten, die die Eisenbahn benötigen, um zu ihrem Beschäftigungsort zu gelangen. Man fragt sich mit Recht, ob der Regierung das Verständnis für die Notlage der Arbeiterklasse fehlt. Beschäftigte gewährt man insbesondere den Leuten keine höhere Fahrpreiserleichterung, die nach außerhalb zu ihrer Arbeit fahren müssen? Deshalb würde es begrüßt werden, wenn effens die Wochentarten 4. Klasse verbilligt ausgegeben würden, und wenn zweitens auch für die 3. Klasse Wochentarten eingeführt würden. Wüsste ich dringend not.

Die Grundsteuer. Der Auspruch des preussischen Landtags hat den Regierungsentwurf über die Grundsteuer angenommen. Der Entwurf wurde infolgedessen abgeändert, als die Abgabe für 2 Morgen landwirtschaftlichen Grundbesitzes nicht 3,60 Goldmark jährlich betragen soll, sondern 25 Goldpfennig monatlich. Die Abgabe für städtischen Grundbesitzes blieb auf 20 Goldpfennig pro Monat, also 2,40 Goldmark pro Jahr bestehen.

In einer Zeitung aus dem Nachbarreife Liebenwerda finden wir folgende Notiz: Gutsleute des Liebenwerdaer Liebenwerda befinden sich, obwohl diese zur Einlösung aufgerufen sind, noch immer im Unlauf. Es wird empfohlen, diese Gutsleute bis Ende dieses Monats abzuliefern. Da diese Gutsleute in beträchtlicher Menge in unserem Orte karkierten, wäre es wohl Pflicht des Liebenwerdaer Liebenwerda gewesen, den Aufruf über die Auferstehung seiner Gutsleute nicht nur in den Kreisblättern, sondern auch in allen anderen Zeitungen des Kreises zu veröffentlichen, damit die Geschäftsleute vor Schaden bewahrt blieben. Bei dem heutigen Preisniveau von 10 Millionen Mark ist die Einlösung von Scheinen in geringen Beträgen nicht mehr lohnend. Wer will es aus diesem Grunde dem Geschäftsmann vertragen, wenn er Gutsleute überhaupt nicht in Zahlung nimmt, wenn es die ausgeben Stellen es nicht für nötig halten, die Auferstehung rechtzeitig allerorts bekanntzugeben.

Jessen. Die Weinernte ist in diesem Jahre ausnahmsweise schlecht ausgefallen. Ein Traubenbildung ist zwar kein Mangel, dagegen ist der Zuckergehalt ein recht geringer, weil den Trauben zur Zeit der höchsten Reife die nötige Wärme fehlte. Es wird mehr besseren Jahrganges bedürfen, um durch kunstgerechtes „Verhiebelen“ eine trinkbare Sorte aus dem Heurigen zu machen.

Jessen. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag sind der Ww. Bär, Höfchen, aus dem verschlossenen Stalle Gänse, Hühner und Kaninchen gestohlen worden. Es ist eine Schande, einer armen Witwe noch das wenige zu nehmen.

Wittenberg, 18. Oktober. In Brandenburg an der Havel werden für die erste Oktoberhälfte unter Berücksichtigung der herabgefallenen Kohlenpreise für ein cbm Gas 75 Millionen Mark erhoben. Wir in Wittenberg dürfen für 1 cbm Gas 200 Millionen Mark zahlen. Wie das Wittenbrg. Arch. schreibt, soll seitens einer Anzahl Interessenten Anträge gestellt werden, die Licht- und Kraftwerke wegen Preissteigerung ersuchen.

Deffau, 16. Oktober. In Großhain hatten Diebe nachts einer Wohnung einen Besuch ab, in der der Besitzer aufgebaht lag. Sie plünderten das Schlafzimmer aus und nahmen alle Wäsche und Kleidungsstücke mit, deren sie habhaft werden konnten. Leider sind die frohen Diebe unbehelligt entkommen.

Cöthen, 18. Okt. Die Ermäßigung des Kohlenpreises tritt hier bereits sehr erfreulich in die Erscheinung. Am Sonnabend kostete noch ein Zentner Kohlen ab Grube 1 447 619 000 Mark, heute nur noch 809 524 000 Mark, also eine Preislenkung um beinahe die Hälfte.

Schlade (am Harz), 14. Oktober. Eine Frau von hier wollte nach Braunshweig fahren und dort einige notwendige Einkäufe machen. Auf dem Bahnhof mußte sie erfahren, daß ihr Geld noch nicht einmal zur Fahrkarte nach Braunshweig (früher 80 Pfg.) reichte, viel weniger zu Einkäufen. Die Frau mußte wieder umkehren, und am anderen Morgen fand man sie erhängt in ihrer Wohnung vor.

Braunshweig. In unserer Stadt sind innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraumes und 50 Selbstmorde, die auf die herrschende Not zurückgeführt werden können, zu verzeichnen gewesen.

Leipzig, 17. Oktober. In Wödrern wurde die Leiche eines 75jährigen Kleinrentners, der früher in guten Verhältnissen lebte, aus der Erde gezogen. Er hat seinem Leben wegen Nahrungssorgen ein Ende bereitet. — Aus demselben Grunde erkrankte sich im Weizenstele ein im 65. Lebensjahr stehender Altersrentner. Die Leichen wurden nach der Anatomie gebracht. Von hier wurde ihnen das Armenbegräbnis zuteil, da die Angehörigen nicht in der Lage sind, die Begräbnisstellen zu tragen.

Markt-Kalender.

Am 27. Oktober: Schweinemarkt in Annaburg, Schweinemarkt in Schweinitz.

Die finanzielle Bedingungsgefahr. Ein Bauunternehmer, dem viel daran lag, die Erneuerungsarbeiten an den Tempeln der Provinz Manting zu erhalten, begab sich zu dem mit der Vergabe der Arbeiten betrauten Mandarin und bot ihm, um seiner Bitte um Berücksichtigung größeren Nachdruck zu verleihen, einen Nachschuß von einer Million Taels an, die die Verwaltung der Provinz erhalten. Aber er war an den Umständen geraten. Der Mandarin geriet über die ihm gefällige Zusage in helle Wut, drohte, den alku gefälligen Bauunternehmer hinauszuwerfen und stellte ihm eine strenge Bestrafung wegen verführter Bestechung in Aussicht. Nur mit Mühe gelang es, den Beamten ruhiger Zusätze zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck lenkte der Bauunternehmer das Gespräch auf gleichgültige Dinge. „Wir bekommen es schließlich solesches Wetter; ich glaube bestimmt, daß es morgen regnen wird“, erklärte der Unternehmer. Da der Himmel im reinen Blau erstarrte, widerbrach der Mandarin lebhaft, worauf der andere erwiderte: „Ich bin so fest überzeugt, daß es morgen regnen wird, daß ich mit Bequemlichkeit eine Million Taels darauf wetten würde.“ Der Mandarin versank und nahm die Worte an, die er natürlich gemacht. „Es braucht nicht erst hinzugefügt zu werden, daß der Unternehmer erst darauf auch mit den Bauarbeiten an den Tempeln beauftragt wurde.“

St. Kriegsmission im Dienste der Landwirtschaft. Ein modernes Seitenstück zu dem Umwandel der Schwerter zu Pflugscharen, das die Bibel verheißt, bildet die Verwendung von Kriegsmission für landwirtschaftliche Zwecke, die in den Vereinigten Staaten in jüngster Zeit besonders großen Umfang angenommen hat. Die Regierung verteilt nämlich, um den Farmern bei der Arbeit am Boden des Landes Unterstützung zu gewähren, unter Vermittlung des Landwirtschaftsministeriums ihre überschüssig gewordenen Explosionsstoffe gratis. Der Staat Minnesota allein erhielt 774 000 Pfund Pikrinsäure überlassen, die unter 3511 Farmer verteilt wurden. Man schätzt, daß diese Menge ausreicht, um etwa 14 000 Acker zu bearbeiten, und daß dadurch den Farmern 70 000 Dollars erspart werden wird. Pikrinsäure ist ein verhältnismäßig harmloses Explosionsmittel, das für landwirtschaftliche Zwecke ähnlich wie andere Explosionsstoffe angewendet werden kann. Sie hat vor den im Handel befindlichen Stoffen insofern den nicht geringen Vorzug, daß sie unbegrenzt lange Zeit haltbar bleibt, ohne sich zu zerlegen, daß sie durch Hitze oder Kälte nicht beeinflusst wird und daß sie bei der Verwendung in freier Luft den Besetzern keine Schwierigkeiten oder andere körperlichen Beschwerden, die mit der Verwendung von Explosionsstoffen gemeinhin verbunden sind, verursacht.

Herz und Angstempfindung.

Jeder, der einmal wirklich Angst gehabt hat, weiß, daß es sich hierbei nicht um eine rein feistliche Empfindung handelt, sondern daß das Angstgefühl auch das körperliche Befinden und besonders die Herztätigkeit beeinflusst. Nach einem Bericht über die jüngsten Untersuchungen von Braun in der „Wiener medizinischen Wochenschrift“ haben Herz und Nerven miteinander denn auch in innigem Zusammenhang, und die Beobachtungen zeigen immer wieder, daß „das wesentliche Merkmal der Herzstöße die Angst ist“, die entweder nur als ängstliche Stimmung auftritt, manchmal aber auch ganz spezifische Empfindungen, Angstfälle des Herzens hervorgerufen kann. Man muß daher zwischen bloßer Angst und ausgesprochener Angstempfindung immer unterscheiden.

Die Angst kann unter Umständen das Selbstleben eines Menschen bedrohen, daß sie schließlich keine Willenshandlungen vollständig beeinflusst. Dazu stellen sich körperliche Erscheinungen ein, wie Herzstößen, Anfälle mit hart beschleunigter Herztätigkeit, Atemnot, Blässe, Kältegefühl, Gittern und Schweißausbruch, die alle deutlich beweisen, daß infolge der Angst auch die willkürliche Muskulatur verjagt, während die Funktion der glatten Muskulatur hervortritt.

Was die Angstempfindung betrifft, so kann man sie geradezu als einen „spezifischen Sinn des Herzens“ ansehen, der an die speziellen Apparate des Herzens

